

# Die Selbstverwaltung stärken

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

noch nie hat eine Bundesregierung das Vertrauen der Bevölkerung so schnell verspielt wie das Kabinett Merkel-Westerwelle. Angesichts einer katastrophalen Bilanz laufen die Wähler Schwarz-Gelb neun Monate nach der Bundestagswahl in Scharen davon. Auch bei uns Zahnärzten macht sich Ernüchterung breit. Was hatte man uns im Koalitionsvertrag nicht alles versprochen? Der Erhalt der Freiberuflichkeit, eine Ausweitung der Kostenerstattung, die Anpassung der GOZ an das Kostengeschehen und das Ende der Budgetierung seien als Beispiele genannt. Passiert ist bislang nichts. Ganz im Gegenteil: Nun droht auch noch eine Nullrunde für die Zahnärzte. Das ist Wort- und Vertragsbruch! Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass wir seit 17 Jahren durch Budgetierung, Grundlohnsummenanbindung und Degression einen erheblichen Beitrag zur Kostendämpfung leisten. An uns liegt es nicht, wenn das Geld hinten und vorne nicht mehr reicht und die ersten Kassen Insolvenz anmelden müssen. Unser Anteil an den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat sich seit 1993 nahezu halbiert. Doch weil auch diese Regierung offensichtlich nicht die Kraft hat, die Finanzierung der GKV endlich auf eine solide Basis zu stellen, verfällt man in die gleichen Verhaltensmuster wie die Vorgänger: Wir Zahnärzte sollen auf das uns Zustehende verzichten und so das System vor dem Kollaps bewahren. Das dürfen und werden wir uns nicht gefallen lassen. Es kommt jetzt mehr denn je darauf an, dass wir mit einer Stimme sprechen. Wir brauchen eine starke Selbstverwaltung, die unsere Interessen in der Politik durchsetzt. Die KZVB hat in den letzten Jahren enorm viel erreicht. Wir haben die höchsten Punktwerte aller deutschen KZVen, kollektive Ergänzungsverträge eröffnen den Praxen zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten und bringen uns einige Millionen Euro „on top“. Auch die Patienten profitieren davon. Wir haben getreu unserem Motto „Evolution statt Revolution“ innerhalb des bestehenden Systems das Maximum für die Zahnärzte herausgeholt. Das war nur möglich, weil wir den Rückhalt der Basis für unseren Kurs hatten. Die Zahnärzte werden – im Gegensatz zu den Ärzten – als geschlossene Einheit wahrgenommen. Die hohe Zustimmung zu unserer Politik kam auch



**Dr. Janusz Rat**  
Vorsitzender des Vorstandes  
der KZVB

in unserer Mitgliederbefragung zum Ausdruck. Auf die Ergebnisse konnten wir schon oft zurückgreifen, um bei Politik und Krankenkassen Überzeugungsarbeit zu leisten. Die bayerischen Vertragszahnärzte stehen mehrheitlich hinter ihrer KZV.

In diesen Tagen sind Sie aufgerufen, eine neue Vertreterversammlung für die KZVB zu wählen. Ich bitte Sie eindringlich, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt unsere Verhandlungsposition. Solange es Krankenkassen als Körperschaften des öffentlichen Rechts gibt, braucht es ein Gegengewicht in Form starker KZVen. Wir müssen auf Augenhöhe verhandeln können. An der Geschlossenheit unseres Berufsstandes haben sich die Krankenkassen bislang die Zähne ausgebissen. Daran scheiterten auch die Selektivverträge, mit denen sie versuchen, uns gegeneinander auszuspielen und die Preise für unsere Arbeit zu drücken. Aber auch auf Bundesebene müssen wir Bayern uns behaupten. Unsere hohen Punktwerte wecken natürlich Begehrlichkeiten. Zudem kamen in den vergangenen Jahren wichtige Impulse für die Gesundheitspolitik im Bund aus unseren Reihen – etwa die Abschaffung der 68er-Regelung. Auch der Widerstand gegen die unsinnige Richtlinie zur sektorenübergreifenden Qualitätssicherung (sQs) des Gemeinsamen Bundesausschusses, über die bereits im letzten BZB berichtet wurde, wird von der KZVB angeführt. An Bayern führt kein Weg vorbei – ich hoffe, dass dieses Signal von der KZVB-Wahl ausgeht!

Ihr

Dr. Janusz Rat